

## Die Hochschulen: Das Schlusslicht

Die Konkurrenz der deutschen Hochschulen und Universitäten wird größer. Die Anforderungen an Studierende und Hochschulabsolventen werden härter. Vor diesem Hintergrund fällt die schwarz-grüne Bilanz im Bereich der Hochschulpolitik bescheiden aus.

Die Studienbedingungen sind nicht besser und die Studiengebühren nicht abgeschafft worden. Die HafenCity-Universität kommt nicht voran, und auf den Ansturm von Abiturienten des Doppel-Jahrgangs ist die Universität nicht vorbereitet.

CDU-Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach beschäftigt sich gleichzeitig nicht etwa mit Maßnahmen für mehr Qualität an den Hochschulen, sondern mit dem Streit um deren Personal. Symptomatisch, dass die Uni-

Präsidentin Prof. Monika Auweter-Kurtz – von Gundelach einst zur Hoffnungsträgerin hochstilisiert – am Ende im Streit mit der Senatorin das Weite sucht. Die Wissenschaftssenatorin hat in den ersten beiden Jahren ihrer Amtszeit eine denkbar unglückliche Figur abgegeben. Sie landete zu Beginn ihrer Amtszeit mit ihren Plänen zum



Umzug der Universität in den Hafen zwar einen PR-Coup – aber auch nicht mehr. Denn schnell wurde klar, dass der Umzugsplan in erster Linie das persönliche Prestigeprojekt der Senatorin werden sollte. Und das wog für sie schwerer, als nötige Schritte im Sinne einer Qualitätssteigerung in Forschung und Lehre. Bezeichnend

für den Zustand der Hamburger Hochschulpolitik ist die negative Bewertung der Hochschulen durch die Fachwelt: Bei einer Umfrage zur Bewertung der deutschen Hochschulressortleitungen war Gundelach auf dem letzten Platz gelandet. Teilgenommen an der Umfrage hatten über 2.200 Universitätsprofessoren. Neuen Konfliktstoff gibt es bereits. Denn mit Prof. Dieter Lenzen hat die Hamburger Universität einen neuen Präsidenten, der die Umzugspläne der Senatorin für die Universität sehr kritisch sieht, und der aus seiner Ablehnung von Studiengebühren kein Geheimnis macht. Nicht auszuschließen, dass es zwischen der Leitung der Wissenschaftsbehörde und der Führung der Universität auch künftig knirscht. Zu wünschen ist es der Universität nicht.

## Rückschau auf unsere Termine

### Hamburg für alle – mitdenken, mitplanen, mitbauen

26.2.2010/Das Streitgespräch zwischen Oberbaudirektor Jörn Walter und dem Stadtentwicklungsaktivisten und „Not in our name“-Mann Christoph Twickel war das Highlight der Veranstaltung. Aber auch sonst konnte sich die Veranstaltung blicken lassen: Ein hochkarätiges Podium, 5 produktive Workshops, knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – eine runde Sache.

### Neujahrsempfang

31.1.2010/Auch in diesem Jahr kamen gut tausend Gäste zum Neujahrsempfang der SPD-Fraktion in den Großen Festsaal des Rathauses. Nicht zuletzt aufgrund des prominenten Festredners: Sigmar Gabriel war es, der – nach einer Begrüßung von Fraktionschef Michael Neumann – eine durchaus kämpferische, aber vor allem launige Rede zur Bundespolitik hielt. Doch von sich reden machte in Hamburg mehr die anschließende Rede des Hamburger SPD-Landesvorsitzenden Olaf Scholz, der offene und ehrliche Worte zum Zustand seiner Partei in den vergangenen zwölf Monaten fand – was innerhalb wie außerhalb der SPD Anerkennung fand.

### politisch

Wie jeden 3. Sonntag im Monat fand auch im Januar und Februar der Polit Talk „poliTisch“ statt. Dem Raubtierkapitalismus keine Chance! Argumente für eine starke, soziale Stadt lautete das Thema im Januar, im Februar hieß es dann Anpiff oder Abpiff – Sportstadt vor dem Aus? Als Experten zu Gast hatte Fraktionschef Michael Neumann Uwe Grund, MdHB und DGB-Vorsitzender Hamburg, und Günter Ploß, Geschäftsführer des HSB.

## → INFO

### Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen,
- den E-Mail-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen,
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen,
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen,
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

### Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Hamburger Rathaus (3. Stock)  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35  
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Britta Ernst, SPD-Bürgerschaftsfraktion, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

# Rathaus-Report

Nr. 01/2010



### Halbzeitbilanz:

Von Beusts Versprechen und die Realität

### Schulfrieden:

Einstimmigkeit in der Hamburger Bürgerschaft

### Rücktritt:

Finanzsenator Freytag schmeißt Ämter hin

## Schwarz-Grün trudelt in die Halbzeitpause

Es war einmal die Rede von einem Pilotprojekt. Von der Brücke hinweg über alte Gegensätze. Von einem Testlauf für den Bund. Aber zwei Jahre nach dem Start der ersten schwarz-grünen Landesregierung macht sich in Hamburg Ernüchterung breit.

Glaubte man zunächst nur, Schwarz-Grün komme nach der Hälfte der Legislaturperiode aus dem Tritt, ist das Bündnis zwischen CDU und GAL mittlerweile ins Trudeln geraten. Der Rücktritt des CDU-Landesvorsitzenden und Finanzsenators Michael Freytag pünktlich zur Halbzeit der Legislaturperiode unterstreicht das. Und die in der CDU ausgebrochene Debatte über den Nachfolger von Bürgermeister von Beust zeigt: Mit der zweiten Hälfte der Legislaturperiode beginnt die Restlaufzeit von Schwarz-Grün in Hamburg. Ob Rekordschulden, HSH Nordbank oder Kraftwerk Moorburg, ob Elbphilharmonie, Kostenexplosionen bei Großprojekten oder Streit um die Zukunft des Hafens: Es knirscht im Hamburger Senat. Bemerkenswert: Erst als Schwarz-Grün die Gesprächsangebote der SPD-Opposition über das wichtige Thema Schulreform

nicht länger ausschlagen konnte, scheint zumindest dieses Projekt auf die Erfolgsspur zu kommen.

### „Die Quittung für die Politik im Rathaus geht an die CDU und Herrn von Beust.“

Michael Neumann, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion, stellte dem schwarz-grünen Senat zur Halbzeit dementsprechend nur ein bescheidenes Zeugnis aus. „Wer unter Schwarz-Grün auf einen Aufbruch in Hamburg gehofft hat, sieht sich enttäuscht. Hamburg steht weitgehend still. Und die zurückhaltende Bilanz von Senat und Koalitionsfraktionen unterstreicht das“, sagte Neumann. Ein funktionierendes Fahrradleihsystem sei kein Ersatz für eine gute Innenpolitik, für eine verantwortungsvolle Sozialpolitik oder für eine erfolgversprechende Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“, sagte Neumann.

Die jüngsten Umfrageergebnisse zur politischen Stimmung in Hamburg, bei denen die CDU auf 31 Prozent abgesackt ist, sieht Neumann auch als „Folge der Entzauberung des Bürgermeisters“. Für ihn steht fest: „Die Quittung für die Politik im Rathaus geht an die CDU und Herrn von Beust.“ Gerade der hatte in den zurückliegenden beiden Jahren wenig Glück: Zunächst explodierten die Kosten der Elbphilharmonie auf über 320 Millionen Euro – ursprünglich sollte sie 77 Millionen Euro kosten. Und auch bei anderen großen Projekten des Senats laufen die Kosten aus dem Ruder: Die U-Bahn in die HafenCity wird fast 330 Millionen Euro kosten statt 250 Millionen, die Ortsumgehung Finkenwerder nicht 36 Millionen, sondern fast 100 Millionen. Der ZOB in Bergedorf – ein für den Stadtteil extrem wichtiges Projekt – kostet mit 45 Millio-

nen Euro doppelt soviel wie geplant. „Millionenschwere Mehrkosten und eine dramatische Überschuldung des Hamburger Haushalts: Nach zwei Jahren Schwarz-Grün weiß Hamburg, dass die Konservativen nicht mit Geld umgehen können“, sagte Neumann.

Neumann kündigte eine Fortsetzung harter, konstruktiver Oppositionsarbeit an. Er nannte den laufenden Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Krise um die HSH Nordbank oder die Arbeit in den Bereichen Schule, Stadtentwicklung und Inneres. „Wir bieten weiter unsere Hilfe an. Denn auf Hamburg kommen – durch Finanz- und Wirtschaftskrise – große Herausforderungen zu. Und wir haben einen Senat, der schon überfordert ist, wenn der Winter mal anders ausfällt als sonst ...“

+++ Trauriger Rekord bei Zahl der Gewalttaten +++ 24. April: Menschenkette gegen Atomkraft +++ Senat drückt sich um Aussage zur Kopfpauschale +++ Gastschulabkommen: Kein Alleingang der Schulbehörde +++



## → PRESSESPIEGEL

### „Zwei Jahre Schwarz-Grün“ – was die Medien meinen:

„Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. So könnte man den Rücktritt von CDU-Chef Michael Freytag beurteilen. Die Partei zerstritten, vom Wähler in Umfragen abgestraft – und der Chef sieht keine Chance auf Erfolg mehr.“

**Hamburger Morgenpost, 03.03.2010**

„Mit Michael Freytag geht einer der Architekten von Schwarz-Grün. Sein Rücktritt läutet das Ende einer Ära ein – der Ära Ole von Beust.“

**Die Welt, 03.03.2010**

„Freytag hielt sich für den größten Finanzsenator aller Zeiten, aber es reichte kaum zum Filialleiter bei der Kreissparkasse.“

**taz-hamburg, 03.03.2010**

„Der Komplettrückzug von Michael Freytag aus Senat und CDU war zwangsläufig. Und er ist richtig.“

**Bild-Zeitung, 02.03.2010**

„Zu viel war zusammen gekommen, als dass sich Freytag hätte auf Dauer halten lassen.“

**taz-hamburg, 03.03.2010**

„Freytag geht leider viel zu spät.“

**NDR 90,3, 03.03.2010**

„Dem Bürgermeister, der zuletzt gern mit einer gewissen Amtsmüdigkeit kokettierte, ist um seiner Partei willen jetzt jeder Ausstieg verbaut.“

**Hamburger Abendblatt, 03.03.2010**

„Trotz der guten Stimmung fehlen der Koalition die guten Nachrichten. (...) Trotz aller Harmonie im Rathaus könnte Schwarz-Grün am Ende schneller scheitern als das Rumpel-Bündnis in Berlin – weil die Wähler es 2012 so wollen.“

**Hamburger Abendblatt, 27.02.2010**

„Wie angespannt die Lage ist, zeigt sich daran, dass der Bürgermeister wieder einmal mit seinem möglichen Ausstieg aus der Politik kokettiert. Dies tut von Beust stets dann, wenn er die eigenen Reihen fest schließen will.“

**spiegel-online, 01.03.2010**

„Halbzeitbilanz: Hamburg straft Schwarz-Grün ab.“

**Hamburger Morgenpost, 26.02.2010**

„Dem schwarz-grünen Senat gelang es nie, seine Kritiker zu überzeugen.“

**Hamburger Abendblatt, 27.02.2010**

## Der Konkursverwalter geht in die Insolvenz

**Finanzsenator Freytag hinterlässt einen finanzpolitischen Scherbenhaufen.**

Wenig sagt über die Bilanz der schwarz-grünen Finanzpolitik so viel aus, wie der erzwungene Rücktritt von Finanzsenator und CDU-Landeschef Michael Freytag Anfang März. Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion kam dieser Rücktritt nicht überraschend. „Wir haben ihn seit Monaten erwartet. Und wir halten ihn angesichts der finanzpolitischen Bilanz des Senats für gerechtfertigt“, sagte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Peter Tschentscher. Der SPD-Obmann im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) HSH Nordbank, Thomas Völsch, sagte, Freytags „mehr als unglückliche Rolle“ im Zusammenhang mit der Krise der Bank hätte dem Finanzsenator mittelfristig keine andere Wahl gelassen als den Rücktritt.

Freytag hat die zur Halbzeit des schwarz-grünen Senats massiv kritisierten Folgen der CDU-Finanzpolitik nicht allein zu verantworten. Die Fehlentwicklung der öffentlichen Finanzen reicht zurück bis in die Amtszeit des CDU-Finanzsenators und späteren HSH-Aufsichtsratschefs Wolfgang Peiner: Vermögensverkäufe, mangelnde Konsolidierung und Haushaltsdefizite trotz sprudelnder Einnahmen haben die wirtschaftliche Substanz des „Konzerns Hamburg“ in der Regierungszeit der CDU schwer angegriffen. Hinzu kommt eine expansive Landesbankpolitik, deren Milliardenrisiken sich mit der Finanzmarktkrise in vollem Umfang zu Lasten des städtischen Vermögens realisiert haben.



Diese Haushaltspolitik ist über Jahre hinweg vom gesamten CDU-Senat und einer schweigenden CDU-Bürgerschaftsfraktion gestützt und seit 2008 auch von den Abgeordneten der GAL-Fraktion gedeckt worden. Die im Zuge der Wirtschaftskrise einbrechenden Steuereinnahmen sind Anfang 2009 auf bereits bestehende Defizite der Finanzplanung von mehreren Milliarden getroffen. Diese versteckten Defizite haben – zusammen mit den Steuerausfällen – schlagartig einen Finanzierungsbedarf von 6,5 Milliarden Euro und eine Rekordneuverschuldung ausgelöst. Damit ist nicht nur die unsolide CDU-Haushaltspolitik, sondern auch die irreführende Rhetorik von Finanzsenator Freytag hart aufs Pflaster der Realität geschlagen. Eine positive Ausnahme in der Bilanz von Freytag ist dessen Verhalten in den Wochen der Hapag-Lloyd-Krise im Sommer 2009. Die Entscheidungen zur Stützung der Reederei waren im Grundsatz richtig. Nach dem Rücktritt des

CDU-Finanzsenators muss es nun einen klaren Kurswechsel in der Haushaltspolitik geben. Die SPD-Fraktion fordert als Sofortmaßnahmen:

- Transparente Ausweisung von Schulden und Zinsbelastungen im Kernhaushalt.
- Begrenzung der Neuverschuldung auf den Betrag, der für den Ausgleich der Steuermindereinnahmen durch die Konjunkturkrise erforderlich ist.
- Keine „schwarzen Kassen“ zur Finanzierung von zusätzlichen Projekten über den beschlossenen Haushalt hinaus.
- Wiederaufnahme der Konsolidierung im Betriebshaushalt, keine weiteren Ausweitungen im Personalbestand und bei Flächenanmietungen der Behörden.
- Streichung von Luxusinvestitionen (Neubau der Hafencity-Universität, unterirdische Schießstände der Polizei, Verlagerung der Universität) und Einsatz der vorhandenen Investitionsmittel für dringende Projekte im Schul- und Hochschulbau sowie in der Infrastruktur-Sanierung (Straßenbau und Grünanlagen).
- Keine Pauschalermächtigungen für Behörden im so genannten Neuen Haushaltswesen Hamburg ohne Transparenz, Kontrolle und Steuerung.

Freytag hat nicht zuletzt sich selbst mit seinem Handeln und seinen Aussagen in Sachen HSH Nordbank geschadet. „Er hat die Lage der Bank noch schön geredet, als die Krise nicht mehr zu leugnen war“, so Völsch. So hatte der Senator die HSH Nordbank noch im Oktober 2008 als „im Kern gesund“ bezeichnet. Der PUA hat aber mittlerweile ermittelt, dass die Anteilseigner der HSH Nordbank bereits Ende 2007 über eine außerplanmäßige Kapitalerhöhung zur Stützung des in Schieflage geratenen Hauses beraten haben. Das haben Senatsvertreter später geleugnet. Auch das ist ein Punkt, zu dem sich Herr Freytag als Zeuge vor dem PUA wird äußern müssen.

## Unsicherheit in der Sicherheitspolitik

**Zwei Jahre schwarz-grüne Innenpolitik – zwei Jahre, in denen der Personalabbau bei der Hamburger Polizei ungebremsst weitergeht. Parallel ist erkennbar, dass sich die beiden Koalitionäre in vielen Bereichen gegenseitig blockieren. Schwarz blinkt rechts, Grün blinkt links, am Ende passiert nichts. Von klaren Ansagen ist die Innenpolitik weit entfernt.**

Um von der Abschaffung der Präsenzgruppen bei der Polizei abzulenken, will Innensenator Ahlhaus die Polizei-Reiterstaffel reaktivieren. In einer Zeit, wo es in der Polizei an allen Ecken knirscht, eine zweifelhafte Prioritätensetzung. Im Koalitionsvertrag haben sich CDU und GAL verpflichtet, vom Bundesverfassungsgericht geforderte Korrekturen im Hamburger Polizeirecht „beschleunigt und eng an der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung“ umzusetzen – bis heute ist aber kein Gesetzentwurf in Sicht. „Nach zwei Jahren grüner Regierungsbeteiligung hat Hamburg nach wie vor ein teilweise verfassungswidriges Polizeirecht – ein bemerkenswerter Befund“, meint Andreas Dressel, SPD-Fachsprecher für Innenpolitik: „Von Einsatz für die Bürgerrechte ist da wenig zu sehen.“

## → PRESSESPIEGEL

„Wenn die CDU-Führung es nicht schafft, die eigenen Abgeordneten mitzunehmen – wie will sie dann die Mehrheit der Wähler überzeugen?“

**NDR 90,3, 27.02.2010**

„Halbzeit für Schwarz-Grün: In Sachen Bildung gab's nur Katastrophen-Meldungen – Der Bürgermeister muss künftig weniger präsidieren, mehr regieren. Dem Senat fehlt die Bürgernähe.“

**Bild-Zeitung, 24.02.2010**

„Die Zeit des Schönredens ist vorbei.“

**Hamburger Abendblatt, 27.02.2010**

„Die Finanzen sind so miserabel wie nie. – Die Diskussion um den abwegig teuren Umzug der Uni in den Hafen soll wohl von wichtigeren Themen ablenken.“

**Bild-Zeitung, 24.02.2010**

„Ein Scheitern von Schwarz-Grün am Volksentscheid über die Schulreform würde für längere Zeit und über Hamburg hinaus zwei Optionen zumindest unwahrscheinlicher machen: ein zweites CDU-Grün-Experiment in einem anderen Bundesland und die gesellschaftliche Akzeptanz für das längere gemeinsame Lernen.“

**taz-hamburg, 14.02.2010**

„Längst wird in der Hansestadt auch Kritik am Führungsstil des Senatschefs laut. Die ‚Bild‘-Zeitung, bislang oft auf der Seite des Bürgermeisters, bemerkte kürzlich giftig, ‚seine Senatorinnen und Senatoren können tun und lassen, was sie wollen‘. Gute Nachrichten hören sich anders an.“

**spiegel-online, 01.03.2010**

„Dem Bündnis fehlt derzeit der rote, pardon, der schwarz-grüne Faden, die zündende Idee.“

**Hamburger Abendblatt, 27.02.2010**





Wo sich der Streit um die schwarz-grüne Innenpolitik nicht unter den Teppich kehren ließ, hat insbesondere die GAL Federn lassen müssen. Sie hält nicht mehr an den – einst gemeinsam mit der SPD erhobenen – Forderungen nach einem Korruptionsregister und einer offensiven Berichterstattung des Senats zur Organisierten Kriminalität fest.

Auch in der Migrationspolitik regiert Unnachgiebigkeit; in Fragen des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts zeigt sich die Regierungsmehrheit meist hart: CDU und GAL haben sich nicht einmal dazu durchringen können, vom Senat eine „Bleiberechtsperspektive“ für bereits lange in Deutschland lebende Menschen ohne deutschen Pass einzusetzen.



Zwei Jahre Schwarz-Grün in Hamburg sind auch zwei Jahre des Personalabbaus bei der Hamburger Polizei. So wurde ein erheblicher Teil des Personalzuwachses wieder abgebaut, den die Polizei seit dem Regierungswechsel 2001 hatte verzeichnen können – rund 300 Stellen. Darüber hinaus können selbst die ausscheidenden Polizeibeamten nicht annähernd durch Nachwuchskräfte ersetzt werden, weil der CDU-geführte Senat die Einstellungszahlen abgesenkt hat: Dadurch entsteht im Laufe der Wahlperiode ein Defizit von 458 Polizistinnen und Polizisten – ein Minus an Personal im Umfang von drei großen Polizeikommissariaten oder fast des halben Landeskriminalamts. Seit 2007 haben CDU-Innensenatoren vier der zuvor 28 Polizeikommissariate geschlossen – durch die Zwangsvereinigung von acht Dienststellen zu vier Polizeikommissariaten. Zuletzt wurde im März 2009 eine Dienststelle in Barmbek dicht gemacht und Ende 2008 in Harburg. Bemerkenswert: Dort hatte die CDU früher Unterschriften gegen eine mögliche Fusion der beiden Dienststellen gesammelt.

Obwohl die CDU versprochen hatte, der Verzicht auf Polizeikommissariate würde nicht zu einem Verlust an Polizeipräsenz führen, ist das Gegenteil eingetreten: Der Senat spart bei den Beamten auf der Straße und bläht die Verwaltungs- und Intendantenstrukturen auf. Dressel: „Die Bürgerferne, die der Senat auch in anderen Politikfeldern an den Tag legt, zeigt er nun auch in der Innenpolitik. Das frühere Motto, dass Polizisten auf die Straße und nicht an die Schreibtische gehören, wurde von diesem Senat schlicht umgedreht.“ Ähnliche Tendenzen gibt es auch bei der durch eine große Einsatzbelastung gebeutelten Feuerwehr. Hier hat die Planung für die Zusammenlegung zweier Feuerwachen im Hamburger Südwesten für Kopfschütteln gesorgt.

In Sachen Polizei teilt auch der Rechnungshof die Kritik der SPD-Opposition. Er kritisiert, „dass die Behörde die Polizeikommissariate trotz zusätzlicher Stellen nicht gestärkt, sondern durch Stellenverlagerungen dauerhaft geschwächt“ und stattdessen den Stellenbestand in „Führungs- und Stabbereichen erhöht“ hat.

## Chance auf Schulfrieden: Die SPD macht aus der schwarz-grünen Schulreform eine gute Schulreform

**Nach jahrzehntelangem Streit über die Schulstruktur hat Hamburg jetzt – endlich – eine Chance auf Schulfrieden. Pünktlich zur Halbzeit der schwarz-grünen Rathaus-Koalition setzte die SPD in Verhandlungen mit CDU und GAL entscheidende Nachbesserungen an der bislang hoch umstrittenen Primarschulreform durch – und räumte damit die Hürden für einen parteiübergreifenden Kurs in der Schulpolitik aus dem Weg.**

Die parteiübergreifende Vereinbarung zur künftigen Schulstruktur sei „ein großer Erfolg im Interesse von Schülerinnen, Schüler und ihren Eltern“, sagte SPD-Fraktionschef Michael Neumann. Entsprechend zufrieden zeigten er und der SPD-Schulexperte Ties Rabe sich auch nach Ende der Gespräche. Gemeinsam mit SPD-Landeschef Olaf Scholz und der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Inka Damerau hatten sie mit CDU und Grünen verhandelt.

Nach einer Woche engagierter Verhandlungen war klar: Die überarbeitete Schulreform sei „so gut, dass wir sie den Hamburgerinnen und Hamburgern mit gutem Gewissen empfehlen können“, sagte Rabe mit Hinweis auf den angekündigten Volksentscheid im Sommer. Die jetzt beschlossenen Nachbesserungen an der ursprünglichen Reform – das wird auch in der CDU so gesehen – seien in erheblichem Maße durch die SPD durchgesetzt worden. Die SPD habe das Elternwahlrecht gerettet, die Abschaffung des Büchergeldes und eine schrittweise Einführung der Primarschule durchgesetzt. Gleichzeitig soll jede Stadtteilschule eine Oberstufe bekommen. „Die Möglichkeit, an jeder Stadtteilschule das Abitur machen zu können, wertet diese Schulen weiter auf. Das ist gut.

Und hier zeigt sich einmal mehr, dass wir in der Schulpolitik den Schwerpunkt in den letzten beiden Jahren auf das Thema Schulqualität gelegt haben.“

Stolz zeigte sich die SPD vor allem mit Blick auf die deutliche Reduzierung der Klassenfrequenzen. „Die Klassenobergrenze in den Primarschulen muss bei 23 Schülerinnen und Schülern liegen, in Schulen mit sozialer Benachteiligung bei 19. Das ist ein großer Schritt nach vorn – auch in Richtung von mehr Bildungsgerechtigkeit“, sagte Rabe. Weiterer SPD-Erfolg bei der Nachbesserung der ursprünglichen Primarschulreform sei der einklagbare Rechtsanspruch auf die im Gesetz festgelegte Klassengröße. „Die Eltern können dank unserer Verhandlungen für ihre Kinder die Einhaltung der gesetzlich fixierten Obergrenzen einklagen. Das gibt es in ganz Deutschland noch nicht“, sagte Rabe.

„Wir sind uns einig, dass es sich lohnt, für eine deutlich bessere Unterrichtsqualität in den Hamburger Schulen die Debatte über die Schulstruktur zu beenden. Wir garantieren damit einen zehnjährigen Schulfrieden hinsichtlich der Schulstruktur“, sagte SPD-Fraktionschef Neumann vor der Entscheidung über das Schulgesetz in der Bürgerschaft.

Der Ausgang des Volksentscheids gegen die Einführung der Primarschule in Hamburg sei offen, betonte er. „Aber ich habe die Hoffnung, dass wir mit dem vereinbarten zehnjährigen Frieden zur Schulpolitik und mit den in den Konsensgesprächen erzielten Qualitätsverbesserungen die Hamburgerinnen und Hamburger von dieser neuen, besseren Schulreform überzeugen können.“

Er betonte weiter, die SPD habe die ursprünglich von CDU und GAL geplante Primarschulreform aus guten Gründen abgelehnt. Jetzt aber habe die SPD substantielle Verbesserungen durchgesetzt – Verbesserungen, die es der SPD-Bürgerschaftsfraktion möglich machten, dem überarbeiteten Schulgesetz zuzustimmen.

Rabe stellte fest, es gebe nun die konkrete Hoffnung auf ein Ende der Schulstruktur-Debatte in Hamburg. Gleichzeitig gebe es in der Schulpolitik aber

weiterhin große Herausforderungen. Er nannte die Verbesserung des Unterrichts, den Aufbau der Stadtteilschulen, zusätzliche Fördermaßnahmen für so genannte Risikoschüler, den gemeinsamen Unterricht

von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern, eine bessere frühkindliche Bildung, die Folgen des so genannte doppelten Abiturjahrgangs, den nötigen Ausbau der Ganztagschulen,

die ungeklärte Zukunft des Gastschulabkommens mit Schleswig-Holstein, die Hortbetreuung an Primarschulen oder den Schattenhaushalt beim Schulbau. – Schulpolitik bleibt spannend.



Für die Bürgerschaftsfraktionen unterschreiben Wolfgang Beuss (CDU), Jens Kerstan (GAL) und Michael Neumann (SPD, v. l.)

## Schulreform: Die von der SPD durchgesetzten Verbesserungen

- ☛ **Sorgfältige Planung:** Die Primarschule wird bis zum Schuljahr 2012/13 verbindlich eingeführt. Die schulischen Gremien können bis dahin entscheiden, wann ihre Schule Primarschule wird. Die Eltern entscheiden bis dahin, ob ihre Kinder nach der vierten Klasse in die fünfte Klasse einer weiterführenden Schule wechseln. Damit wird die Planungszeit um ein Jahr gestreckt – Zeit, die nötig ist, um die Reform sorgfältig vorzubereiten.
- ☛ **Deutlich kleinere Klassen:** Die Klassen 1 bis 6 dürfen höchstens 23 Schüler groß

sein – in sozial benachteiligten Gebieten sogar nur 19 Schüler. Eltern haben darauf einen Rechtsanspruch.

- ☛ **Entlastungen für Familien:** Das Büchergeld von bis zu 100 Euro pro Jahr und Schülerin oder Schüler wird zum Sommer 2010 abgeschafft.
- ☛ **Erhalt des Elternwahlrechts:** Das Recht der Eltern bleibt erhalten, über die weiterführende Schulform, die Ihre Kinder nach der Primarschule besuchen, zu entscheiden.
- ☛ **Mehr Qualität für die Primarschule:** Für die Primarschule wird gesichert, dass

es genügend Räume und Fachlehrerinnen und -lehrer gibt, wenn alle Lehrkräfte fortgebildet wurden und wenn die Schulinspektion die Schule geprüft hat. In den Klassen 5 und 6 muss sichergestellt sein, dass die Hälfte des Unterrichts in den Fächern, Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften von Lehrern mit der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II erteilt wird. Bei Schulen mit zwei Standorten sollen Schüler von der ersten bis zur sechsten Klasse an einem

Standort bleiben, wenn bisher keine einvernehmliche Lösung gefunden wurde.

- ☛ **Abitur an der Stadtteilschule:** Alle Stadtteilschulen führen über eigene 11. Klassen in eigene Oberstufen. Bei wenigstens 25 Oberstufenschülern soll diese Oberstufe sogar am eigenen Standort eingerichtet werden.
- ☛ **Zehn Jahre Schulfrieden:** CDU, SPD und GAL haben sich verpflichtet, diese neue Schulstruktur zehn Jahre lang nicht mehr zu verändern.



## SPD: Mehr Wohnungsbau für Hamburg

Hamburg wächst. Aber wo sollen die Menschen wohnen, die in unsere Stadt ziehen? Wie verhindern wir, dass sich alt eingessene Bewohnerinnen und Bewohner nach Modernisierung und Aufwertung ihres Stadtviertels das Leben dort nicht mehr leisten können? – Das sind zwei der wichtigsten Fragen, mit denen sich die SPD-Stadtentwicklungs-Experten in den letzten beiden Jahren beschäftigt haben.

„Wer gehofft hat, dass eine grüne Stadtentwicklungssenatorin die festgefahrene CDU-Wohnungsbaupolitik wieder auf Touren bekommt, sieht sich nach zwei Jahren getäuscht“, sagt Andy Grote, Fachsprecher für Stadtentwicklungspolitik der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Angesichts schwarz-grüner Stagnation beim Wohnungsbau hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion unter ihrem neuen Stadtentwicklungsfachmann ehrgeizige Ziele: „Wir wollen den Woh-

nungsbau beleben und das Ziel von 5.000 bis 6.000 neuen Wohnungen jährlich erreichen“, sagte Grote. Tatsächlich stagniere der Wohnungsneubau seit 2002 bei etwa 3.700 Wohnungen – mit der Folge eines zunehmenden Auseinanderdriftens von Wohnungsangebot und -nachfrage.

„Wir beobachten ein zunehmendes Defizit bei preisgünstigen Mietwohnungen“, sagte Grote. Hinzu kommen zum Teil deutliche Mietsteigerungen. So legten zum Beispiel auf St. Pauli



Photo: www.mediaserver.hamburg.de/C. Spahrbieter

die sogenannten Neuvermietungsflächen in nicht einmal fünf Jahren um 40 Prozent zu. Während der Mietenspiegel für 2009 in Hamburg allgemein eine Mietensteigerung um durchschnittlich 3,6 Prozent ausweist, verteuerten sich die Mieten im unteren Preissegment um rund fünf Prozent. „Die Folge ist, dass es für Menschen mit wenig Geld immer weniger bezahlbarer Wohnraum gibt. Gleichzeitig führen Mietsteigerungen besonders in den zentrumsnahen Altbauquartieren zu Verdrängung.“

Als dramatisch bezeichnete Grote den Rückgang an Sozialwohnungen. Von 265.000 preisgebundenen Wohnungen im Jahre 1990 seien nur noch knapp 100.000 übrig. „Jährlich laufen rund 6.000 Sozialbindungen aus, während nur rund 1.000 neue entstehen.“ Zudem habe

das städtische Wohnungsunternehmen SAGA/GWG – dem rund ein Sechstel des Hamburger Wohnungsbestandes gehört – den Wohnungsneubau in den vergangenen Jahren nahezu eingestellt. „Stattdessen hat der Senat SAGA/GWG verpflichtet, jährlich 100 Millionen Euro an den Haushalt der Stadt abzuführen – Geld, mit dem dann die Leuchtturmprojekte des Senats finanziert werden.“

Was will die SPD? Das Wohnungsbauförderprogramm im Segment des Mietwohnungsbaus zum Beispiel von 1.000 Wohneinheiten jährlich auf 2.000 aufstocken. Die Schwerpunkte des geförderten Wohnungsbaus sollen dabei in den Quartieren liegen, in denen die Menschen von Verdrängungstendenzen besonders betroffen sind. Dort sollen auch zügig soziale Erhaltungsverord-

nungen zum Schutz der Mieter erlassen werden.

Vor dem Verkauf städtischer Wohnungsbaugrundstücke muss sicher gestellt werden, dass auf den Flächen vorrangig Geschosswohnungen im bezahlbaren Mietpreissegment entstehen. Außerdem sollen brach liegende private Grundstücke verstärkt gekauft und für Wohnungsbau genutzt werden. Und ganz wichtig: Der Wohnungsbau soll bei der Vergabe städtischer Grundstücke grundsätzlich Vorrang etwa vor Büro- und Gewerbebauten bekommen. Weiter soll das städtische Unternehmen SAGA/GWG sich wieder auf den Bau von preisgünstigem Wohnraum konzentrieren und sich mit bis zu 1.000 Wohnungen jährlich an dem Wohnungsbauprogramm beteiligen.

## Was der Bürgermeister versprach – und was daraus wurde

**Auch der schwarz-grüne Senat muss sich an seinen Versprechen und Ankündigungen messen lassen. Der Koalitionsvertrag von CDU und GAL lässt viel Interpretationsspielraum. Konkrete Versprechen hat Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) nach der Bürgerschaftswahl in seiner Regierungserklärung am 28. Mai 2008 gemacht. Den zentralen Aussagen aus dieser Regierungserklärung steht hier die Bewertung der SPD-Opposition gegenüber.**

**Aussage aus der Regierungserklärung (28.5.2008) zur Schulpolitik (I):**  
Von Beust: „Ich sage Ihnen: Diese Pläne, auf die wir uns geeinigt haben, sollen und werden endlich Schulfrieden schaffen.“

**Tatsache:**

Die ursprünglichen Pläne des schwarz-grünen Senats zur Einführung der Primarschule haben Hamburg keinen Schulfrieden gebracht. Der schwarz-grüne Schul-Unfrieden hat schließlich – mit dem Erfolg des Volksbegehrens „Wir wollen lernen“ – zu einem Paukenschlag geführt. Erst danach ist Schwarz-Grün auf das SPD-Angebot eines überparteilichen Konsenses aus dem Jahr 2009 eingegangen. Jetzt gibt es einen vernünftigen Konsens in der Schulpolitik und damit die Chance auf einen lang anhaltenden Schulfrieden.

**Aussage zur Schulpolitik (II):**

Von Beust: „Deswegen werden wir auch in den Primarschulen die Klassenfrequenz auf 25 senken. Deswegen werden etwa 50 weitere Schulen zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut; mit Schwerpunkt auf den Grundschulen in KESS 1 bis 3 Gebieten.“

**Tatsache:**

Die SPD hat in den Bildungsgesprächen mit CDU und GAL neben der Abschaffung des Büchergeldes und dem Elternwillen unter anderem eine Klassenobergrenze von 23 in Primarschulen durchgesetzt. In Schulen mit sozialen Problemen liegt sie bei 19. Von den vom Bürgermeister versprochenen 50 Ganztagschulen sind gerade mal 12 auf den Weg gebracht worden. Es ist fraglich, ob die restlichen 38 Ganztagschulen in zwei Jahren eingerichtet werden können.

**Aussage zur Hochschulpolitik:**

Von Beust: „Es wurde lange, zum Teil Jahrzehnte, über Strukturen diskutiert. Im Mittelpunkt muss zukünftig auch hier die Qualität stehen. Hier haben wir in Hamburg Nachholbedarf.“

**Tatsache:**

Die vergangenen zwei Jahre waren in der Hamburger Hochschulpolitik verlorene zwei Jahre. Die umstrittene Wissenschaftssenatorin hat sich hauptsächlich mit ihrem persönlichen Prestigeprojekt – dem Plan zum Umzug der Universität in den Hafen – beschäftigt. Die notwendigen Schritte im Sinne einer Qualitätssteigerung in Forschung und insbesondere Lehre hatte es nicht gegeben.

**Aussage zur Kindertagesbetreuung:**

Von Beust: „... Daher haben wir zum Beispiel den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung auf das zweite Lebensjahr herabgesetzt.“

**Tatsache:**

Der allgemeine Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung bereits ab zwei Jahren wurde bis heute nicht eingeführt. Vielmehr hat Schwarz-

Grün diesen Rechtsanspruch im Rahmen der Sparmaßnahmen „bis 2013 zurückgestellt“. – 2013 fällt aber nicht mehr in die Amtszeit dieses Senats, denn im Jahre 2012 wird in Hamburg neu gewählt.

**Aussage zur Finanz- und Haushaltspolitik (I):**

Von Beust: „Wir brauchen eine große Haushaltsdisziplin. Denn die Dinge, die wir als neue Prioritäten benannt haben, sollen ohne neue Schulden finanziert werden. Diese Koalition steht für eine nachhaltige Haushaltspolitik.“

**Tatsache:**

Die Neuverschuldung liegt auf Rekordniveau, aber der Finanzsenator behauptet, Hamburg habe einen „aus eigener Kraft ausgeglichenen Haushalt“. Die Kosten für große Bau- und Infrastrukturprojekte laufen aus dem Ruder. Der Senat wird jetzt Opfer seiner Politik: Er hat in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen nicht Schulden abgebaut oder Rücklagen gebildet. Er hat das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Der Finanzsenator ist sein eigener politischer Konkursverwalter. Und der Bürgermeister von Beust ist der König der Schuldenmacher.

**Aussage zur Finanz- und Haushaltspolitik (II):**

Von Beust: „Der zu erarbeitende Haushaltsplan 2009 und 2010 wird zur Finanzierung neuer Prioritäten selbstverständlich Umschichtungen beinhalten. Und Umschichtungen bedeuten selbstverständlich auch Änderungen von Planungen und Verzicht auf Liebgewonnenes.“

**Tatsache:**

Im Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 gibt es keinen „Verzicht auf Liebgewonnenes.“ Es gibt stattdessen Mehrausgaben, mit denen in CDU und GAL die Zustimmung zur Koalition erkaufte werden sollte.

**Aussage zu Schwarz-Grün (I):**

Von Beust: „Sage und schreibe 70 Prozent sprechen sich für Schwarz-Grün aus.“ (Mit Blick auf die ECHOLOT-Umfrage unter Führungskräften vom 5. Mai 2008)

**Tatsache:**

Zwei Jahre nach dem Start von Schwarz-Grün in Hamburg sind 69 Prozent mit der Arbeit des Senats weniger oder gar nicht zufrieden. (Letzte Umfrage von Infratest dimap für den NDR)

**Aussage zu Schwarz-Grün (II):**

Von Beust: „Ich bin überzeugt, dass diese für Deutschland neue Konstellation – nach erster Verwunderung, dem Reiz des Ungewohnten – schnell zur fachlich kompetenten Routine werden wird.“

**Tatsache:**

Zumindest über die Bewertung „fachlich kompetent“ kann man geteilter Meinung sein...

**Aussage zu Schwarz-Grün (III):**

Von Beust: „Es geht nicht um uns, nicht um den Senat, nicht um das Parlament, nicht um die Parteien. Es geht um eine gute Zukunft für unsere Freie und Hansestadt Hamburg.“

**Tatsache:**

Der Senat bemüht sich. In wesentlichen Punkten geht es ihm aber offensichtlich nicht um Hamburg, sondern darum, einen erträglichen Kompromiss zwischen den Koalitionsparteien zusammen zu zimmern. Das betrifft den Konfliktpunkt Kraftwerk Moorburg oder die Streitigkeiten in der Innen- und Rechtspolitik. Viele Probleme sitzt die Koalition aus, etwa die Differenzen um die Praxis bei der Entnahme von Blutproben.